

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Ergebnisse bei Hoff zweifacher ...
Preisung drei Hauptkategorien ...
Wettbewerb ...

Dresdner Verlag: Leipzig & Reichardt, Dresden-N. I., Marien-
straße 38/32, Fernruf 25241, Postfachkonto 1068 Dresden
Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der
Amtshauptmannschaft Dresden und des Schiebsamtes beim
Oberverwaltungsamt Dresden

Verlagspreis ...
Anzeigenpreis ...
Abbestellung ...

Deutschland spricht im Völkerbundsrat

Ribbentrops erstes Auftreten - Klarlegung des deutschen Standpunktes

London, 19. März.

Die öffentliche Sitzung des Völkerbundsrates wurde am Donnerstagsvormittag, kurz nach 11 Uhr englischer Zeit, eröffnet. Der deutsche Vertreter, Botschafter von Ribbentrop, nahm seinen Platz am rechten Ende des hufeisenförmigen Ratszimmers ein, hinter ihm Ministerialdirektor Dieckhoff und die übrigen Mitglieder der deutschen Abordnung. Der Ratspräsident erteilte sofort dem deutschen Vertreter das Wort. Botschafter von Ribbentrop führte wörtlich aus:

„Herr Präsident!

Die deutsche Reichsregierung ist der Einladung des Völkerbundsrates zu seiner heutigen Tagung gefolgt in dem Vertrauen, auch ihrerseits einen Beitrag zu leisten zur Klärung der bestehenden politischen Situation. Sie hat mich beauftragt, zu diesem Zweck vor den hier anwesenden Staatsmännern ihren Standpunkt zu den auf der Tagesordnung stehenden Anträgen der französischen und belgischen Regierung betreffend den Rheinpakt von Locarno darzulegen. Sie hat sich hierbei nach langen inneren Erwägungen entschieden, ihre verständlichen formalen Bedenken hinstanzzusetzen, die sich aus der Tatsache ergeben könnten, daß Deutschland zur Zeit nicht Mitglied des Völkerbundes ist, sowie, daß der heutigen Tagesordnung die Bestimmungen eines Vertrages am Grunde liegen, den Deutschland als nicht durch seine Schuld entstehen ansehen muß.

Ich persönlich habe mit wirklicher Befriedigung diese Mission übernommen, durchdrungen von der Ueberzeugung, daß eine in höherem Sinne gerechtere Sache eines Volkes in diesem Rat von Nationen noch nie vertreten wurde, und ferner in der aufrichtigen Hoffnung, daß diese erste Wiederaufnahme der Beziehungen meines Landes zu dem Völkerbund einen Wendepunkt in der Geschichte Europas nach den vielfältigen Verzerrungen der unglücklichen Krieges- und Nachkriegsjahre bedeuten möge.

Die deutsche grundsätzliche Einstellung zu dem Problem Locarno, das heute hier zur Diskussion steht, ist der Weltöffentlichkeit durch die Rede des deutschen Reichskanzlers vom 7. März eingehend vor Augen geführt worden. Die Tatsache aber, daß es zu den heute hier zur Beratung stehenden Anträgen der französischen und belgischen Regierung kommen konnte, macht es erforderlich, daß ich nochmals vor dem Rat den deutschen Standpunkt zu diesem Problem kurz darlege, damit bei der Beschlußfassung des Rates die schwerwiegenden Gründe, die Deutschland zu dem bekannten Schritt vom 7. März gezwungen haben, ihre volle Würdigung finden können.

Der deutsche Standpunkt

Der Sinn des Rheinpaktes von Locarno war es, die Anwendung von Gewalt zwischen Frankreich und Belgien einerseits und Deutschland andererseits für ewige Zeiten auszuschließen. Diese Abmachung wurde garantiert durch England und Italien. Es wurde bekräftigt, daß bei einer Verletzung dieses Vertrages der Völkerbund auseris zu Hilfe kommen sollte. Es ist bekannt, daß sich schon damals gewisse Schwierigkeiten ergaben durch die bereits vorher bestehenden Bündnisse zwischen Frankreich und Polen und der Tschechoslowakei, die an sich schon nicht in den Rahmen dieser klar umgrenzten weltlichen Friedensabmachungen hineinpaßten. Deutschland hat diese Bündnisse aber schließlich in Kauf genommen, weil sie sich in ihrer Struktur dem Locarnovertrag anpaßten. Dieser Locarnovertrag aber, der von der nationalsozialistischen neuen Regierung übernommen wurde, belastet Deutschland einerseits mit einer unendlich schweren Verpflichtung durch die Beibehaltung der im Versailler Vertrag diktierten Demilitarisierung des Rheinlandes. Eins der wichtigsten und volkreichsten Gebiete des Deutschen Reiches mit 15 Millionen ferndeutschen Einwohnern sollte also ohne jeglichen militärischen Schutz bleiben. Ich glaube, daß

vom Standpunkt einer höheren Gerechtigkeit aus eine solche Einschränkung primitiver Souveränitätsrechte an sich schon auf die Dauer für ein Volk eine fast unerträgliche Zumutung bedeutet.

Wenn das deutsche Volk trotzdem diesen Zustand so viele Jahre hindurch ertrug, so tat es dies in der Erwartung, daß dann aber auch die anderen Partner von Locarno ihre weitestgehenden Verpflichtungen mindestens ebenso getreulich einhalten würden, wie Deutschland die seinen.

Diesem Empfinden des gesamten deutschen Volkes hat der Reichskanzler seit der Übernahme der Regierung im Jahre 1933 wiederholt öffentlich Ausdruck verliehen.

Was ist nun geschehen?

Im Laufe des vergangenen Jahres begann der eine Vertragspartner dieses Paktes, Frankreich, seine Beziehungen zur Sowjetunion immer enger zu gestalten. Es kamen erste Nachrichten über ein französisch-sowjetisches Militärabkommen, gleichzeitig aber auch über ein gleiches zwischen Rußland und der Tschechoslowakei. Lange Zeit hindurch waren diese Meldungen unklar. Sie wurden bald dementiert, wurden dann ausgegeben und wieder dementiert, bis eines Tages zur Ueberraschung der bis dahin zumindest offiziell in Unkenntnis gehaltenen anderen Verbündeten das neue französisch-sowjetische Militärabkommen veröffentlicht wurde.

Die bedenkliche Bedeutung und damit Auswirkung dieses Bündnisses für Deutschland aber ergibt sich aus folgenden schwerwiegenden Feststellungen:

1. Dieses Bündnis bedeutet die Zusammenfassung zweier Staaten, die, eingerechnet der für militärische Hilfeleistung in Frage kommenden kolonialen Gebiete, etwa 275 Millionen Menschen umfassen.

2. Die beiden vertragsschließenden Parteien gelten jede für sich zur Zeit als die stärksten Militärmächte der Welt.

3. Dieses Bündnis richtet sich ausschließlich gegen Deutschland.

4. Sowjetrußland, das an sich durch seine weiten Räume von Deutschland getrennt, von diesem gar nicht angreifbar wäre, hat sich durch einen analogen militärischen Bündnisvertrag in der Tschechoslowakei indirekt an die deutsche Grenze vorgeschoben.

5. Frankreich und Rußland erheben sich noch diesem Bündnis zum Richter in eigener Sache, indem sie gegebenenfalls auch ohne einen Beschluß oder eine Empfehlung des Völkerbundes selbständig den Angreifer bestimmen und somit gegen Deutschland nach ihrem eigenen Ermessen zum Krieg greifen können.

Diese strikte Verpflichtung der beiden Staaten ergibt sich klar und eindeutig aus Artikel 1 des Rheinabkommens mit dem Bündnisvertrag, d. h. also: Frankreich kann in einem angelegenen Falle aus eigenem Ermessen entscheiden, ob Deutschland oder Sowjetrußland der Angreifer sei. Es macht dabei lediglich den Vorbehalt, daß es sich durch sein militärisches Vorgehen gemäß einer solchen Entscheidung nicht Sanktionsmaßnahmen seitens der Garantemächte des Rheinpaktes, Englands und Italiens, aussetze.

Dieser Einwand ist rechtlich und realpolitisch gesehen belanglos.

Rechtlich: Wie will Frankreich bei der eigenen Feststellung des Angreifers voraussehen wollen, welche Haltung

zu dieser seiner Feststellung nachträglich die angezogenen Garantien des Locarnopaktes einzunehmen beabsichtigen? Die Antwort auf die Frage, ob Frankreich im gegebenen Falle derartige Sanktionsmaßnahmen zu befürchten hätte, hängt praktisch nicht lediglich von der loyalen Vertragstreue der Garantien ab, die die deutsche Regierung in keiner Weise in Zweifel ziehen will, sondern auch von den verschiedensten Voraussetzungen rein faktischer Art, deren Wahrscheinlichkeit oder Unwahrscheinlichkeit im voraus in keiner Weise zu übersehen ist.

Außerdem kann aber die Beurteilung des Verhältnisses des neuen Bündnisvertrages zum Rheinpakt unmöglich von dem Vertragsverhältnis zwischen Frankreich und Deutschland einerseits und den Garantemächten andererseits abhängig gemacht werden, sondern allein von dem unmittelbaren Vertragsverhältnis zwischen Frankreich und Deutschland selbst. Sonst müßte man Deutschland anerkennen, jede mögliche Verletzung des Rheinpaktes durch Frankreich hinsichtlich hinzunehmen im Vertrauen darauf, daß die Garantien für seine Sicherheit zu sorgen haben. Das ist sicherlich nicht der Sinn des Rheinpaktes gewesen.

Realpolitisch: Es ist für einen Staat, der infolge einer unrichtigen, weil in eigener Sache vorweg genommenen Entscheidung von einer so übermächtigen militärischen Koalition angegriffen wird, ein belangloser Trost, sein Recht in nachträglichen Sanktionen gegenüber dem vom Völkerbundsrat verurteilten Angreifer zu erhalten.

Denn welche Sanktionen könnten überhaupt eine so gigantische von Ostasien bis zum Kanal reichende Koalition treffen? Diese beiden Staaten sind so mächtige und ausschlaggebende Mitglieder und insbesondere militärisch starke Faktoren des Völkerbundes, daß nach allen praktischen Erwägungen eine Sanktion dagegen von vorn herein undenkbar wäre.

Es ist daher diese zweite Einschränkung, die ihren Bezug nimmt auf die Rücknahme auf evtl. Sanktionen, realpolitisch gänzlich belanglos. Ich bitte nun aber die Mitglieder des Rates, sich nicht die realistische und praktische Tragweite dieser Verpflichtung Frankreichs zum selbständigen Handeln zu vergegenwärtigen, sondern sich vor allem die Frage zu stellen, ob die Ansicht vertretbar ist, daß die damalige deutsche Regierung, die die Locarnoverträge unterzeichnet hat, etwa jemals die Verpflichtung des Paktes übernommen hätte, wenn sie in ihm so einseitig belastende Momente befunden haben würde, wie sie sich nun nachträglich ergaben.

Die Zerstörung des europäischen Gleichgewichts

Deutschland und Frankreich haben durch den Rheinpakt in ihrem Verhältnis zueinander auf die Waffengewalt verzichtet. Deutschland seinerseits hat sich, wie schon gesagt, mit der Tatsache der bei Abschluß des Rheinpaktes bestehenden und in ihrem Inhalt diesem angepaßten Bestandsverträgen mit Polen und der Tschechoslowakei abgefunden, daß er einer Partei die Möglichkeit offen läßt, über die bei Abschluß bereits bestehenden Verpflichtungen hinaus in beliebigem Maße neue Bestandsverpflichtungen militärischer Art gegen die andere Partei einzugehen, ist nach der festen Ueberzeugung und Rechtsauffassung der deutschen Reichsregierung genau so wie nach ihren politischen Pflichten gegenüber der deutschen Nation ein Ding der Unmöglichkeit, denn diese liegen am Ende darauf hinaus, daß

Frankreich in jedem beliebigen Konflikt Deutschlands mit britischen Staaten berechtigt wäre, nach freiem Ermessen einzugreifen.

Damit aber würde Deutschland, das selbst keinerlei militärische Bündnisverträge mit anderen Staaten hat, ein so ungleiches Vertragsverhältnis zugemutet, wie es vernünftigerweise von keinem Staat eingegangen werden kann.

Wenn in der Zeit des Abschlusses des Locarnopaktes diesem eine solche Auslegung beigegeben worden wäre, dann würde

dies bei der so gründlichen und ausführlichen Fixierung der einzelnen Punkte auch ausdrücklich vermerkt worden sein. Es ist aber auch bis zum Abschluß des französisch-russischen Vertrages niemals versucht worden, eine solche Auslegung etwa nachträglich hineinzunehmen.

Auf alle Fälle aber muß die deutsche Regierung — und sie ist hierfür allein zuständig — für sich erklären, daß

unter diesen Voraussetzungen ein der Locarnopakt nie abgeschlossen wäre.

Denn wenn solche Auffassungen damals bestanden hätten, dann wäre es die Pflicht der Vertragspartner gewesen, diese darauf aufmerksam zu machen. Dies ist aber weder damals geschehen, noch geschah es jemals vor dem Zeitpunkt, an dem sich Frankreich einer solchen erweiterten und damit den ursprünglichen Sinn des Locarnopaktes zerstörenden Auslegung zuwandte.

Das französisch-sowjetische Bündnis aber bedeutet darüber hinaus noch nach der geschichtlichen Auffassung der deutschen Regierung eine völlige Vereitelung des bisherigen europäischen Gleichgewichts und damit der fundamentalen politischen und rechtlichen Voraussetzungen, unter denen der Locarnopakt damals abgeschlossen wurde.

Locarno verpflichtete Frankreich zur Abrüstung

Die Behauptung der französischen Regierung aber, daß dieser neue Pakt notwendig gewesen sei, um der deutschen Aufrüstung ein Gegengewicht zu bieten, beruht ersichtlich auf einem Irrtum. Denn

der Locarnopakt setzte die Wiederherstellung der Gleichberechtigung militärischer Art zwischen Deutschland und Frankreich voraus, indem er in seinem Schlußprotokoll die Verpflichtung Frankreichs wie der anderen Staaten bestätigte, der deutschen Abrüstung zu folgen.

Und nur deshalb, weil Frankreich es ablehnt, auf diesem Wege die Gleichheit der Rüstungen herzustellen, war Deutschland gezwungen, durch seinen Weg zu dem in Locarno selbst vorgekommenen Ziel eines tatsächlichen Gleichgewichts zu kommen.

Frankreich hat den Rheinpakt aufgehoben

Ich brauche hier nicht noch besonders festzustellen, daß Deutschland seinerseits selbstverständlich keinerlei Bündnisse abgeschlossen hat. Die deutsche Regierung vertritt daher die Auffassung, daß der französisch-sowjetische Vertrag sowohl dem Buchstaben wie auch dem politischen Sinn nach dem westeuropäischen Sicherheitsabkommen von Locarno widerspricht, und daß somit der Rheinpakt von Locarno durch die einseitige Handlungswende Frankreichs verletzt und damit de facto aufgehoben wurde.

Deutschland hat, wie den Mitgliedern des Rates bekannt ist, sofort nach Veröffentlichung des französisch-sowjetischen Vertrages die übrigen Signatarmächte des Rheinpaktes auf die Unverletzbarkeit dieses Bündnisses mit dem Rhein-

Die große Kundgebung in Königsberg

Adolf Hitler verkündet Leitsätze seiner Politik

„Deutschlands Herold für den Frieden Europas“

Königsberg, 19. März.

In seinem Appell an das ostpreussische Volk in der Königsberger Schlageter-Halle rief der Führer die Massen zu endlosen Begeisterungsfürmen hin. Er entwarf ein großartiges Bild vom tiefen Verfall und wunderbarem Wiederaufstieg der Nation.

„Nur aus der Verbindung mit dem Volke kann die Kraft kommen für ein Regime, das einer Aufgabe gegenübersteht, wie der unsrigen. Diese Aufgabe konnte und kann nur gelöst werden durch die Zusammenfassung aller Kräfte zu einer Kraft, allen Willens zu einem Willen, allen Handelns zu einer Tat.“

„Wann ist jemals in drei Jahren deutscher Geschichte mehr und Besseres geleistet worden, als in den Jahren 1933 bis jetzt? Welche Einmütigkeit bietet heute diese geschichtlich so oft zerrissene Nation? Welches Bild bietet heute dieses Volk in seiner Geschlossenheit, in der Macht seines Willens und in der Stärke seines Glaubens?“

„Das deutsche Volk hat ein anderes Gesicht bekommen. Diese Millionen haben einen anderen Glauben erhalten. Früher ging von ihnen aus eine Welle des Verzweifels und der Verzweiflung, der Verleumdung und der Verleumdung, der Götterlästerung und der Götterlästerung.“

„Diese Zuversicht hat im deutschen Volke wieder das Bewusstsein geweckt für die Empfindungen der Ehre und der Freiheit. Ehre und Freiheit aber sind die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Gestaltung der außenpolitischen Beziehungen des Volkes.“

„Es ist unmöglich, einen Bund der Nationen aufzubauen auf den Buchstaben eines Vertrages, der die Völker zerreiht in verschieden gewertete Klassen von Nationen. Was wir erleben, ist die Erhebung dieser aus dem Völkervereinigung durch eine höhere Herrschaft der Völkervereinigung und Völkervereinigung.“

„Du darfst nicht erwarten, deutsches Volk, daß die andere Welt Verständnis für deine Argumente besitzt, solange du nicht selbst entschlossen bist, für dein Leben und Recht einzutreten. Und das habe ich nun seit drei Jahren getan.“

„Deutschland hat keine Eroberungswünsche in Europa. Deutschland hat nicht die Absicht, irgend jemand in Europa etwas zuleide zu tun. Es hat aber auch nicht die Absicht, noch irgendein Leid in Zukunft zu erdulden!“

„Für meine Entschlüsse gibt es nur eine einzige Instanz, der ich mich verantwortlich fühle, und das ist das deutsche Volk selbst! Ich bitte es, daß es mich in diesem Kampf

härzt, daß es mir die große Legitimation erteilt, als sein Vertreter, als sein Sprecher und als sein Führer vor der Welt handeln zu können!“

„Ich habe den Mut gehabt, die geschichtlich schwerste Aufgabe zu übernehmen, die einem Sterblichen in einem Volke



„Was die Zukunft von mir, von uns, von euch erhofft, das wollen wir erfüllen“

gestellt werden kann, und erwarte nun von dir, deutsches Volk, daß du hinter mich trittst, nicht weil du mich fürchten sollst, sondern weil du mich hartmachen mußt für dich selbst. Ich glaube, dann wird es auch den anderen Völkern und ihren Staatsmännern, so Gott will, klarwerden, daß ein Volk von solcher Einigkeit, von solcher Glaubenskraft und Zuversicht nicht weiterhin so behandelt werden kann, wie man das glaubte fünfzehn Jahre lang tun zu dürfen!“

„Ich biete — und hinter mir steht dann geschlossen ein ganzes Volk — den anderen Völkern die Hand zur Verständigung und zur Verständigung. Wer es vor seinem

Gewissen verantworten kann, diese Hand, in der sich 68 Millionen Menschen vereinigen, zurückzuziehen, der soll dann die Verantwortung vor der Geschichte übernehmen!“

„Drei Jahre lang, mein deutsches Volk, bin ich dein Herold gewesen. Heute bin ich wieder dein Herold für den Frieden Europas. Tritt jetzt wie ein Mann hinter mich und härte mich in meinem Kampf, der der Kampf ist für dein Recht und für deine Freiheit!“

Als der Führer beendet hatte, raste ein nicht endenwollender, minutenlanges Beifallsturm durch die Halle und über die Straßen und Plätze Königsbergs. Über diesen begeisterten Massen, diesem jubelnden Spalier lag die tiefe Ergriffenheit von Menschen, die ein unvergleichliches Erlebnis in sich aufgenommen hatten.

„Das waren nicht Worte eines Imperialisten“

Madrid, 19. März. Der frühere Berliner Berichterstatter der einflussreichen spanischen Zeitung „ABC“, Eugenio Montes, der nach etwa einjähriger Tätigkeit in Rom wieder nach Deutschland zurückgekehrt ist, schreibt seinen ersten Bericht aus München.

„Ich sah in dem Führer“, so führt Montes u. a. aus, „die Nation, die er verkörpert. Was ich von ihm hörte, waren nicht die Worte eines Imperialisten“. Die Franzosen wollen das nicht verstehen. Dabei brauchen sie sich nur noch einmal alle Reden des Führer zu vergegenwärtigen, aus denen auch nicht ein einziges Wort auf die Absicht schließen ließe, die Herrschaft über fremdes Land zu erstreben.“

Da Hitler, so schreibt der spanische Berichterstatter weiter, fest daran glaube, daß es im Abendland keinen Sinn habe, daß sich ein Land Teile eines anderen aneigne, sei es absurd, wenn ihm die Franzosen Angriffslust in die Schuhe schieben.

Nur die Ideologie der Parteien könne Frankreich blind machen gegenüber der Tatsache, daß ein Pakt erst dann Sinn habe, wenn er von einer politischen Führung geschlossen werde, hinter der das ganze Volk stehe. Ein starkes Deutschland sei für die gesamte westliche Welt, zu der auch Frankreich gehöre, ein Schutzwall gegen die asiatisch-bolschewistischen Mächte.

Auch der Berliner Wirtschaftsberichterstatter des „ABC“ nimmt zur internationalen Lage Stellung. Er hebt hervor, daß die Remilitarisierung der Rheinlandszone nur die logische Folge einer unverrückten und selbständigen Politik der früheren Alliierten sei. Ein 60-Millionen-Volk könne nicht ewig rechtlos bleiben, zumal die anderen ihrerseits die Vereinbarungen verletzt hätten. Der Versailles-Vertrag sei nur eine Expression gewesen, da die anderen gegen ihn verstößten hätten, wenn es ihnen gerade so gepaßt habe.

Der rote Mob tobt weiter

Madrid, 19. März. Die letzten Nachrichten über kommunistische Ausschreitungen kommen aus Volanco, wo von Antiradikalen eine Kirche von großem historischem Wert niedergebrannt worden ist. In Villa Joyaque wurden bei einer Schießerei zwischen politischen Gegnern eine Person getötet, drei wurden schwer verletzt.

Infolge der kommunistischen Unruhen in Spanien treffen in den portugiesischen Grenzregionen zahlreiche Flüchtlinge ein, zum Teil Angehörige des spanischen Adels und bekannte Monarchisten. Die portugiesische Presse widmet den Ereignissen in Spanien großen Raum und verurteilt sie scharf. Spanien sei in die Hände des Schlimmsten verfallen geraten.

Marxistische Flugblätter in Wien. Anlässlich des Rastlprozesses wurden in Wien an vielen Punkten der Stadt Flugblätter ausgeteilt. In den Flugblättern werden die Sozialisten zum unbedingten Kampf gegen die Regierung aufgefordert.

Kunstschäden durch den spanischen Aufbruch

Bei den letzten Kirchenräufern in Spanien ist auch die Basilika von Elche in Flammen aufgegangen, wobei seit 700 Jahren die Marienikone von großer künstlerischer und kulturgeschichtlicher Bedeutung vernichtet wurde.

So sehr man zur Not verstehen kann, daß in einem Lande die politischen Leidenschaften hochgehen, so wenig wird man brauchen in der Welt begreifen können, daß sich gerade in Spanien, das seit fünf Jahrhunderten eine Hochburg des katholischen Glaubens gewesen ist, die Volkswut gegen Kirchen und Klöster wendet, sie niederbrennt oder gar ausplündert.

Schon 1931 ging eine Reihe von Kirchen in Flammen auf. Aber das war nur ein Kinderpiel gegen den Kirchensturm, der jetzt eingeleitet hat und dem in den letzten Wochen über vierzig Kirchen und Klöster zum Opfer gefallen sind. Da gerade Spanien eine schier unerreichbare Schatzkammer für die Geschichte der kirchlichen Kunst darstellt, liegt es auf der Hand, daß bei diesen Verwüstungen und Zerstörungen unschätzbare Kunstwerke entweder vernichtet wurden oder verwundet sind.

Die Volkswut nimmt freilich keine Rücksicht auf geschichtliche Kultur oder kunstgeschichtliche Werte. Kommt noch hinzu, daß das zumeist aus Analphabeten bestehende spanische Volk sich nur nach den äußeren Werten des Goldes, der Perlen und der Edelsteine richtet, mit denen in der Regel die Statuen Mariens oder der Heiligen geschmückt sind, wird man es verstehen können, daß der Schaden überhaupt nicht wieder gutgemacht werden kann.

Die Kunstgeschichte beklagt die Zerstörung von zwei wertvollen Werken. In Malaga wurde 1931 eine Schnitzerei von Juan de Mesa „Christus am Kreuz“ zerstört. Bei den letzten Kirchenräufern ist nun die Basilika in Elche in Brand gesteckt worden, unter deren Trümmern der Altar zusammengebrochen ist, auf dem sich die Statue der Jungfrau Maria befand.

An sie knüpft sich eine besondere fromme Legende. Die Statue ist im Mai 1308 von den Meereshelden ans Ufer gespült worden. Sie hat sich dann in der Kleidung und in dem Schmuck, der sich bis jetzt erhalten hatte, an Land begeben. In der Hand soll sie das Manuskript eines liturgischen Breviers gehalten haben, das später in Mitleidenschaft gezogen wurde. Mit dieser Unterbrechung von 70 Jahren ist dann dieses Brevier wieder für Jahr am 15. und 16. August aufgefunden worden. Der Text weist auf die Sprache des 13. Jahrhunderts, die

Musik auf den Stil des 16. Jahrhunderts hin. Darstellung und Kostüme bewegten sich im typischen Barock.

Eine ganze Literatur ist um diese Mysterienspiele von Elche entstanden. Und das alles gehört nun der Vergangenheit an. Nicht nur ist die viele Jahrhunderte alte Statue der Maria vernichtet, auch die Requisiten und Kostüme für die Spiele sind mitverbrannt. Jetzt kann man nur noch in



Der Führer als Förderer der Kunst

Wählern nachlesen, wie es einst um die Verlöbtheit der Basilika von Elche bestellt war.

Dem Bedauern über diese Auswirkungen des spanischen Aufbruchs möge sich für die deutschen Volksgenossen, die vom Willen um den Kulturwert der Kunst erfüllt sind, die ernste Ermüdung beigesellen: Was wäre wohl in Deutschland geworden, wenn hier Volkswut und Völkerverleumdung zur Macht gekommen wären? Einen Vorgeschmack hat unter

Volk durch die Bilderhämmer der Reformationszeit bekommen. Aber was sich damals im 16. Jahrhundert vollzog, wäre als Kinderpiel erschienen gegenüber den Verwüstungen, die unter den ganz anderen heutigen Verhältnissen eine solche Aufrührerwelt in Deutschland angerichtet hätte, angefangen von den gotischen Domen bis zu den unschätzbaren Kunstwerken mittelalterlicher und neuzeitlicher Bildhauerei oder den wertvollen Erzeugnissen kirchlicher Orgelbaukunst. Das es nicht dazu kam, ist einzig der Mächtigere durch den Nationalsozialismus zu danken. Dadurch allein schon müssen sich Künstler und Kunstfreunde mit ihm und dem Führer unendlich verbunden fühlen.

Mitteilungen der Sächsischen Staatstheater

Opernhaus Am Sonntag, dem 22. März, gelangt unter der musikalischen Leitung von Professor Dr. Böhm „Tosca“ und „Fidelio“ von Richard Wagner mit Böker, Kuny-Roneit (zum ersten Male) (Fidelio), Andree, Schöffler (zum ersten Male Kurmenal), Schellenberg, Inger-Rosen (zum ersten Male Brangäne), Dittich, Häfel und Tschmer zur Aufführung. Spielleitung: Strohsch. Anfang: 8.30 Uhr (Ende gegen 10 Uhr), Ruher Anrecht.

Schauspielhaus Die Aufführung des Volksstücks „Abzack“, die für den 26. März vorgegeben war, ist nunmehr endgültig auf Freitag, den 27. März, festgelegt worden. Die Spielleitung liegt in den Händen von Rudolf Schröder.

Wartburg-Maiertage 1938

Die diesjährigen Wartburg-Maiertage der Vereintigung der Freunde der Wartburg finden am 23. und 24. Mai statt. Der künstlerische Teil des Programms weist eine Festaufführung im Eisenacher Stadttheater und mehrere Konzerte im historischen Bankettsaal der Wartburg auf.

Schleswig-Dolstein erwirbt Gustav Freytags Manuskripte

Gustav Freytags Heimatprovinz Schleswig-Dolstein hat die gesamten handschriftlichen Manuskripte der Werke des in Berlin lebenden Dichters erworben. Als Gegengabe setzte die Rieder Provinzialverwaltung Gustav Freytags eine lebenslängliche Rente in Höhe von monatlich 300 Mark aus.

Kursberichte vom 19. März 1936

Mitteldeutsche Börse zu Leipzig

(Ohne Gewähr)

Festverzinsliche Werte

Table with columns for bond types (e.g., Reichsanleihe, Staatsanleihe) and their respective values and interest rates.

Aktion

Table listing various stocks under the 'Aktion' category, including company names and their market prices.

1. Industrie

Table listing industrial stocks, categorized by sector and company name.

2. Banken

Table listing bank stocks, including names of banks and their current market values.

3. Verkehr

Table listing transportation and communication stocks, such as railway and postal services.

4. Versicherung

Table listing insurance stocks, including various insurance companies and their share prices.

Berliner Börse

(Ohne Gewähr)

Deutsche Staats- und Stadtanleihen

Table listing German government and municipal bonds with their terms and prices.

Bank-Aktion

Table listing bank stocks from the Berlin market.

Transportwerte

Table listing stocks related to transportation and logistics.

Industrie-Aktion

Table listing industrial stocks from the Berlin market.

Amtlich notierte Devisenkurse

Table showing official exchange rates for various foreign currencies.

4 1/2 %ige Reichsschuldverschreibungen

Table listing 4.5% Reich government bonds and their market prices.

Pfand- und Kreditbriefe

Table listing mortgage and loan certificates.

Ausländische Anleihen

Table listing foreign bonds from various countries.

Wiederaufbau-Zuschläge

Table listing reconstruction surcharges for various materials.

Berliner fortlaufende Notierungen

Table listing continuous market quotations for various commodities and goods in Berlin.

Versicherungs-Aktion

Table listing insurance stocks from the Berlin market.

Kolonialwerte

Table listing colonial stocks and their market values.

Wiederaufbau-Zuschläge

Table listing reconstruction surcharges for various materials.



